

## PRESSE-INFORMATION

27.11.2024

**SPERRFRIST: 28.11.2024, 9.00 Uhr**

**Bedienstete der Justiz in den Ländern fordern von ihren Justiz-Ministern  
WERTSCHÄTZUNG / MEHR STELLEN / MEHR GELD / MEHR ZUKUNFT / RESPEKT**

### **EINLADUNG ZUR DEMONSTRATION** **28.11.2024 - ca. 7.30 Uhr**

zu Beginn der Justizministerkonferenz (JuMiKo) in Berlin

Ort: Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund  
In den Ministergärten 10  
10117 Berlin

Die Justiz in Deutschland wird stetig mittelmäßiger. Doch eine stabile und verlässliche dritte Gewalt ist unerlässlich für den Rechtsstaat und das Vertrauen der Bevölkerung in das Rechtssystem. Dieses Vertrauen schwindet mit jeder weiteren Meldung in den Medien und sich häufenden Berichterstattungen, die aufzeigen, dass es sowohl im Bereich des Personals als auch bei Ausstattung der Arbeitsplätze und der Digitalisierung spürbare Engpässe gibt. Über alle Gruppen an Bediensteten in der Justiz hängt das Damoklesschwert der Demografie und der Mangelverwaltung einerseits sowie steigender Fallzahlen und komplexerer Aufgabenbewältigung andererseits - niemand mag vorhersehen, wann das System vom Glück verlassen wird und kollabiert.

Häufig und zu Recht verweisen Richterbund und Staatsanwaltschaftsvertretende darauf, dass es an Richter:innen und Staatsanwält:innen sowie Rechtspflegenden fehlt. Die Sorge der Nachwuchsgewinnung ist groß und behaftet mit quantitativen und qualitativen Herausforderungen.

Eine jedoch nicht unbedeutende weitere Komponente, in der sich exakt die gleichen Probleme abbilden, sind jene Bediensteten des Justizapparates, die gleichermaßen eine zentrale Säule im System sind - die in deutschen Gerichten, Fachgerichten und Staatsanwaltschaften ca. 196.000 tätigen Verwaltungskräfte in Beamten- und Angestelltenverhältnissen.

...



**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT**  
**FÖRDERT VON DEN BUNDESLÄNDERN**

# WERT SCHÄTZUNG

FÜR DIE JUSTIZ-BEDIENSTETEN

DJG.DE

Wir sind die größte Fachgewerkschaft innerhalb der Justiz. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für Justizbedienstete (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Länder. Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

[www.djg.de](http://www.djg.de)

...

Die Justizwachtmeister:innen, die für Sicherheit und reibungslose Abläufe in Gerichten und Staatsanwaltschaften sorgen, Bedienstete in den Geschäftsstellen, die Richtern und Staatsanwälten zuarbeiten oder die Justizkräfte, die für Verwaltungsakte und Dokumentation zuständig sind, Fachkräfte in den Ausbildungszentren der Justiz – sie alle leiden Tag für Tag unter Personalmangel, Mehrarbeit durch hohe Krankenstände und fehlenden Nachwuchs. Ihre Arbeit wird zusätzlich beeinträchtigt durch schlechte Ausstattung oder mangelnde digitale Komponenten. Föderale Zuständigkeiten der Länder führen zu völlig unterschiedlichen Professionalisierungsgraden, was die Einführung der E-Akte bindend im Jahr 2026 betrifft. Die Liste ließe sich fortschreiben ...

Trotz all dieser Unwegsamkeiten leisten die Bediensteten in der Justiz mit vollem Einsatz hoch motiviert ihren Tagessoll und regelmäßig auch Aufgaben und Tätigkeiten darüber hinaus in Mehrarbeit. Engagieren sich im Wissenstransfer zwischen den Generationen und investieren zum Tagesgeschäft in die Zukunft durch Ausbildung der jungen Kolleg:innen.

Man könnte also seitens der Bundesländer vor allem erwarten, dass dieser unermüdlichen Leistung RESPEKT und WERTSCHÄTZUNG gezollt wird. Umso unerträglicher sind dann politische Debatten über Stellenkürzungen oder die Pro-Kopf-Erhöhung von Fallzahlen. Umso unverständlicher ist, dass es für die Ausstattung der Arbeitsplätze und die Digitalisierung, hier insbesondere der qua Gesetz fixierten E-Akte-Einführungspflicht zum 1.1.26, keine Mittel in ausreichender Form bereitgestellt werden. Blickt man allein in den Haushalt 2025 des Landes NRW als einem der bevölkerungsreichsten Bundesländer, so lassen sich aus dem erhöhten Etat gerade eben die Folgen der Inflation und regulären Kostensteigerungen sowie die für 2025 anfallenden Kosten der im TV-L verhandelten nun tabellenwirksamen Lohn- und Gehaltssteigerungen nebst den Personalnebenkosten sowie der entsprechenden Übertragung auf die Besoldung für die verbeamteten Kräfte bestreiten – ein Armutszeugnis.

Die Herbstkonferenz der Justizminister der Länder nimmt die DJG daher zum Anlass, zu Beginn der Konferenz, die in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin stattfindet, für RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG, MEHR STELLEN, MEHR GELD und ZUKUNFT JUGEND zu demonstrieren. Es werden ca. 60 bis 70 in der DJG der Länder engagierte Demonstranten erwartet. Die Bundesvorsitzenden der DJG, Beatrix Schulze und Klaus Plattes, werden ebenfalls vor Ort sein und gerne weitere Fragen beantworten.

**Wir laden Sie herzlich ein, vor Ort zu berichten und unser Anliegen in die Öffentlichkeit zu transportieren.**

#### DJG Bundesvorstand

Klaus Plattes  
Telefon: 01795900830 / E-Mail: k.plattes@djg-bund.de



**Deutsche  
Justiz-Gewerkschaft e.V.**

Geschäftsstelle:  
Saarbrücker Straße 69  
66625 Nohfelden-Türkismühle  
geschaeftsstelle@djg-bund.de

#### DJG Bundesvorsitzende

Beatrix Schulze  
Klaus Plattes



DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
FORDERT VON DEN BUNDESLÄNDERN

**WERT  
SCHÄTZUNG**  
FÜR DIE JUSTIZ-BEDIENSTETEN

DJG.DE

Wir sind die größte Fachgewerkschaft innerhalb der Justiz. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für Justizbedienstete (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Länder. Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

[www.djg.de](http://www.djg.de)